



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

Menschen schützen, Leben retten – 7 Punkte für einen besseren Hitzeschutz in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dafür Sorge zu tragen, dass Kommunen verbindliche und nachhaltige Hitzeschutzpläne entwickeln und umsetzen,
- die Kommunen dabei zu unterstützen, einen bayernweiten verbindlichen und nachhaltigen Hitzeschutzplan zu entwickeln und umzusetzen,
- zu berichten, wie die bundesweiten Vorgaben und Empfehlungen aus dem Nationalen Hitzeschutzplan, den das Bundesgesundheitsministerium u. a. zusammen mit Ländern, Kommunen, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Bundesärztekammer und dem Deutschen Pflegerat entwickelt hat, in Bayern umgesetzt werden.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert,

- gezielte Hitzeschutzmaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen (Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen sowie Obdachlose) in Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern, Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie weiteren öffentlichen Einrichtungen auf den Weg zu bringen. Dazu gehören insbesondere:
 - Schaffung kühler Aufenthaltsbereiche
 - Flexibilisierung von Tagesabläufen und mehr Pausenzeiten
 - Ausstattung mit mobilen Kühlgeräten, Ventilatoren und Sonnenschutz
 - Schulung des Personals zu Hitzeschutz und Erster Hilfe
 - niedrigschwellige Informationsangebote zum Hitzeschutz
 - Unterstützungs- und Beratungsangebote für die genannten Einrichtungen, um individuelle Hitzeschutzkonzepte sowie Notfallpläne zu entwickeln und umzusetzen
- die Akteure des Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesens in die Entwicklung und Umsetzung der Hitzeschutzmaßnahmen einzubinden, um praxisnahe Lösungen sicherzustellen.
- die Investitionskostenförderung für Einrichtungen so aufzustocken, dass Maßnahmen wie Begrünung und Verschattung von Außenbereichen, nachhaltige Kühl- und Lüftungskonzepte sowie der Umbau öffentlicher Orte zu Kühlräumen zeitnah umgesetzt werden können.

- gezielte Informationskampagnen zum Hitzeschutz für pflegende Angehörige aufzulegen und ein Hitzeschutzkonzept zur Unterstützung der Pflege zuhause zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung:

Die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Hitzewellen sind eine ernstzunehmende Bedrohung für die öffentliche Gesundheit in Bayern. Zwischen 2011 und 2020 hat sich die Anzahl der Hitzetage im Vergleich zu den 1950er-Jahren verdreifacht. Das Robert Koch-Institut schätzt, dass es im Jahr 2024 in Deutschland etwa 3 000 zusätzliche Todesfälle durch Hitze gab – eine deutliche Übersterblichkeit. Hitzewellen gefährden in besonderem Maße Kinder, ältere Menschen, obdachlose Menschen und Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen.

Die bisherigen Konzepte reichen nicht aus, um einen flächendeckenden Schutz der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Gerade in Einrichtungen, in denen diese Gruppen betreut werden, sind gezielte Hitzeschutzmaßnahmen erforderlich. Bayern braucht deshalb jetzt eine klare Priorisierung des Hitzeschutzes für besonders schutzbedürftige Personengruppen mit sofortigen, finanziell abgesicherten und strukturell verankerten Maßnahmen.

Ein breites Bündnis aus Gesundheits-, Pflege- und Sozialverbänden, darunter die Bundesärztekammer, der Deutsche Pflegerat, die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der AWO Bundesverband und der GKV-Spitzenverband, hat anlässlich des Hitzeaktions-tags 2025 dazu aufgefordert, Hitzeschutz als verbindliche Aufgabe gesetzlich zu verankern, ausreichend zu finanzieren und insbesondere den Schutz vulnerabler Gruppen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen durch konkrete Maßnahmen und Investitionen sicherzustellen.

Ein positives Beispiel für einen landesweiten Hitzeaktionsplan stellt das Bundesland Hessen dar. Hier gibt es eine zentrale Koordinierung und Informationsstelle für kommunale Hitzeschutzpläne, eine Integration des Hitzewarnsystems des Deutschen Wetterdienstes, eine gesonderte Beobachtung von Einrichtungen für besonders schutzbedürftige Menschen sowie Empfehlungen für Stadtgestaltung. Die momentane Handreichung für bayerische Kommunen reicht offenkundig nicht aus. Denn zu wenige bayerische Kommunen verfügen über einen Hitzeschutzplan. Das entspricht einem Anteil von 0,3 Prozent.